



«Entwicklungspolitischer Wahlcheck 2013»

- ein Projekt des EPN Hessen zur Hessischen Landtagswahl am 22. September 2013

Das Entwicklungspolitische Netzwerk Hessen e.V. (EPN Hessen) vertritt die Interessen und Anliegen der hessischen entwicklungspolitischen Gruppen, Initiativen, Vereine, kirchlichen Arbeitsstellen und größerer Nichtregierungsorganisationen (NRO).

Zur hessischen Landtagswahl stellt EPN Hessen den «*Entwicklungspolitischen Wahlcheck 2013*» vor: Die antretenden Parteien und KandidatInnen bekommen darin Gelegenheit, sich zu globalen Fragen und entwicklungspolitischen Themen zu positionieren. EPN Hessen stellt anschließend die Antworten der Parteien bzw. der KandidatInnen der Öffentlichkeit vor. Wir bitten daher, den Wahlcheck bis zum 09. August unter **info@epn-hessen.de** oder **postalisch** an die Geschäftsstelle des Netzwerks zurückzusenden und bedanken uns für ihre Teilnahme.

Entwicklungspolitisches Netzwerk EPN Hessen e.V.
Vilbeler Str. 36, 60313 Frankfurt
Tel. 069 / 913 95 170, Fax: 069 / 976 986 70

info@epn-hessen.de
www.epn-hessen.de

Die Themen im Überblick

- I. Strukturelle Förderung der Eine Welt-Arbeit in Hessen und ihrer Vernetzung im Entwicklungspolitischen Netzwerk Hessen e.V. (EPN Hessen)
- II. Erhöhung der Haushaltsmittel für das entwicklungspolitische Engagement der Zivilgesellschaft
- III. Stärkung von Belangen der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit und des Globalen Lernens in der hessischen Bildungspolitik im Sinne der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“
- IV. Kohärenz der Nord-Süd-Entwicklungspolitik und global nachhaltige Entwicklung als Querschnittsaufgabe
- V. Einrichtung eines entwicklungspolitischen Beirats in Hessen
- VI. Unterstützung kommunaler und regionaler Entwicklungszusammenarbeit in Hessen und Förderung des Agenda 21-Prozesses
- VII. Unterstützung globaler Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsziele und Lokaler Agenda-21 Prozesse
- VIII. Berücksichtigung entwicklungspolitischer Kriterien im Beschaffungswesen der hessischen Landesregierung
- IX. Stärkerer Einsatz Hessens auf Bundes- und Europaebene für die Entwicklungspolitik
- X. Stärkere Vernetzung zwischen Klimaschutz und Entwicklungsprojekten als Beitrag zu globaler Gerechtigkeit und nachhaltiger Entwicklung
- XI. Migration, Integration und Asyl in Hessen

Zu den Fragen im Einzelnen

I. STRUKTURELLE FÖRDERUNG DER EINE WELT-ARBEIT IN HESSEN UND IHRER VERNETZUNG IM ENTWICKLUNGSPOLITISCHEN NETZWERK HESSEN E.V. (EPN HESSEN)

Die nicht-staatliche Eine Welt-Arbeit, wie sie im Entwicklungspolitischen Netzwerk Hessen angelegt ist, benötigt neben der Projektförderung unbedingt auch projektungebundene strukturelle Förderung, um Inhalte wie Formen des zivilgesellschaftlichen Engagements bedarfsorientiert und nachhaltig weiter zu entwickeln. Es braucht starke zivilgesellschaftliche Netzwerke, die globale Themen fachlich kompetent und dauerhaft begleiten, Bewusstsein schaffen, beratend und qualifizierend tätig sind. Die Beratungs- und Projektarbeit des EPN Hessen und der landesweit aktiven Eine Welt-PromotorInnen ermöglichen dabei eine verlässliche Unterstützung der Initiativen vor Ort.

<http://www.epn-hessen.de/netzwerk/promotorinnenprogramm>

Frage 1:

Werden Sie sich für die strukturelle projektungebundene Förderung der Beratungs-, Qualifizierungs- und Vernetzungsarbeit des EPN Hessen als Eine Welt Landesnetzwerk und seines Eine Welt-PromotorInnenprogramms einsetzen?

JA NEIN

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

CDU Hessen:

JA NEIN

Entwicklungspolitik ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Ohne eine breite Unterstützung der Bürger für entwicklungspolitische Belange wird es auf Dauer nicht möglich sein, notwendige Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit bereitzustellen. Entwicklungspolitisch tätige Vereine, Stiftungen, die Kirchen oder auch engagierte Unternehmen sind hierbei ganz wesentlich, denn ohne das

große Engagement der hier aktiven Bürger würde ein entscheidender Rückhalt und Fürsprecher für eine starke deutsche Entwicklungspolitik fehlen.

Hessen ist in besonderem Maße durch die Internationalität seines Standorts geprägt. Diese Internationalität ist ein wesentlicher Faktor für die erfolgreiche Integration hessischer Unternehmen in die Weltwirtschaft. Dies sichert Beschäftigung, schafft neue Arbeitsplätze und ist eine wichtige Voraussetzung für den Spitzenplatz Hessens im Wettbewerb der Wirtschaftsregionen. Daher ist Entwicklungszusammenarbeit auch für Hessen wichtig. Unter dem Vorzeichen der weiteren Globalisierung der Märkte werden große Entwicklungspotenziale in den Ländern in Lateinamerika, im Nahen und Mittleren Osten sowie in den anderen asiatischen Staaten gesehen. Deshalb wurde die Förderung auf Projekte ausgerichtet, die wirtschaftliches Handeln stärken und auf wirtschaftsnahe Maßnahmen, die den Partnern in den Entwicklungsländern die Eingliederung in den Weltmarkt erleichtern. Eine strukturelle Förderung ist jedoch bereits aus Gründen der Kompetenzordnung zwischen Bund und Ländern nicht vorgesehen.

SPD Hessen:

X JA NEIN

Das Promotorinnenprogramm dient der Schaffung nachhaltiger Strukturen und wird insofern von uns unterstützt. In Hamburg sind beispielsweise FachpromotorInnen für Globales Lernen und Fairen Handel tätig. Die zahlreichen Aktivitäten, die dazu bei vielen Mitgliedsgruppen laufen, sollen wirksam unterstützt werden, können eine höhere Sichtbarkeit erhalten und sich qualitativ weiterentwickeln.

Im Globalen Lernen geht es um die Stärkung und Verknüpfung der schulischen als auch der außerschulischen Bildungsarbeit. Für die Fairhandelspromotion geht es vor allem darum, die bisherigen Aktivitäten zu den Fair Trade Bewerbungen von Städten wirksam zu verankern, neue Akteure zu beraten und den Kreis derjenigen, die Verantwortung für die Fair Trade Stadt übernehmen, auszuweiten.

In einigen Bundesländern (z. B. Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hamburg, Berlin, Bremen und Baden-Württemberg) laufen Pilotprojekte zum PromotorInnenprogramm.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen:

JA NEIN

Wir schlagen vor, die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit insgesamt aufzustocken (siehe Antwort zu 2b) und das Entwicklungspolitische Netzwerk Hessen (EPN) als zentrale Anlaufstelle für die Koordination der Entwicklungszusammenarbeit in Hessen zu nutzen. Damit wollen wir persönliches Engagement, gegenseitiges Verständnis und solidarisches Miteinander der vielen hier tätigen Menschen und Institutionen stärken.

FDP Hessen:

JA NEIN

Die FDP wird sich für die Gründung einer entwicklungspolitischen Stiftung zur Konzentration aller Fördermittel im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit in Hessen einsetzen. Die Gründung dieser Stiftung muss in enger Abstimmung mit dem Entwicklungspolitischen Netzwerk und den großen NGO-Stiftungen in Hessen erfolgen.

DIE LINKE Hessen:

JA NEIN

Ja. Wir sehen die Entwicklungszusammenarbeit als ein Feld an, das kontinuierlich bearbeitet werden muss. Eine rein projektbezogene Finanzierung steht diesem Ansatz entgegen und gefährdet die dauerhaften Strukturen, die für dieses Engagement nötig sind. Wir treten deshalb für eine fest kalkulierbare und dynamische Finanzierung über den Haushalt des zuständigen Ministeriums (HMWVL) ein.

II. ERHÖHUNG DER HAUSHALTSMITTEL FÜR DAS ENTWICKLUNGSPOLITISCHE ENGAGEMENT DER ZIVILGESELLSCHAFT

1970 versprachen die Industriestaaten vor der UN-Vollversammlung mindestens 0,7% des Bruttonationaleinkommens (BNE) für Entwicklungshilfe aufzuwenden, was unserer Auffassung nach auch die Bundesländer in die Pflicht nimmt. Der Anteil der deutschen Entwicklungsausgaben am BNE lag für den Bund 2012 bei

0,38 Prozent („ODA-Quote“), ein erneuter Rückgang gegenüber 2011. Für Hessen lag der ODA Anteil am BIP 2011 bei 0,029%, wobei sich der Löwenanteil aus kalkulatorischen Kosten für Studienplätze ausländischer Studierender errechnet. Die zivilgesellschaftliche Bildungs- und Projektarbeit erhielt ganze 0,00011% der ODA-Mittel, bei denen überdies der Anteil des Landes jeweils nur max. 40% der Gesamtkosten deckt. Angesichts dieses überdeutlichen Nachholbedarfs, möchten wir von Ihnen wissen:

Frage 2a:

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Hessen die Forderung der UNO und des Europäischen Rats umsetzt, 0,7% des BNE für entwicklungspolitische Aktivitäten zur Verfügung zu stellen?

JA NEIN

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

CDU Hessen:

JA NEIN

Klassische Entwicklungshilfe findet entsprechend den verfassungsrechtlichen Verantwortlichkeiten auf Bundesebene statt. Bereits in dieser Legislaturperiode hat die CDU/CSU-geführte Bundesregierung die Mittel für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit deutlich erhöht. Die CDU auf Bundesebene hält an dem Ziel fest, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit aufzuwenden. Eine Erhöhung der Mittel muss dabei mit einer weiteren Effizienzsteigerung des entwicklungspolitischen Instrumentariums und der Aufnahmefähigkeit in den Partnerländern einhergehen.

SPD Hessen:

JA NEIN

Am Ziel, 0,7 Prozent des BIP für Entwicklungszusammenarbeit aufzuwenden, halten wir fest. Die Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP hat dieses Ziel so

vernachlässigt, dass vereinbarte Zeitpläne dafür nicht mehr zu halten sind. Um das Ziel dennoch grundsätzlich zu erreichen, wollen wir jährlich im Bundeshaushalt 1 Mrd. Euro zusätzlich für Entwicklungs-zusammenarbeit bereitstellen und verstärkt neue und innovative Finanzierungsinstrumente in Deutschland und europaweit nutzen, insbesondere auch Mittel aus der Finanztransaktionssteuer nutzen.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen:

X JA NEIN

In der Tat hat sich Deutschland bereits vor Jahren dazu verpflichtet, 0,7% seines Bruttonationaleinkommens für Entwicklung und humanitäre Hilfe bereitzustellen. Von diesem Ziel sind wir noch weit entfernt. Wie im GRÜNEN Bundestagswahlprogramm verankert, wollen wir deshalb bundespolitisch einen klaren Aufgabenschwerpunkt auf die globale Gerechtigkeit setzen, und gesamtstaatlich bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode das 0,7%-Ziel erreichen.

Dazu kann und wird Hessen seinen Beitrag leisten. Das Ziel ist allerdings nicht alleine, sondern nur in Kooperation mit der Zivilgesellschaft und allen staatlichen Ebenen zu erreichen.

FDP Hessen:

JA NEIN

Das 0,7 % - Ziel für entwicklungspolitische Aktivitäten betrifft eine Verpflichtung des Bundes und der Länder gemeinsam. Die FDP Landtagsfraktion wird sich dafür einsetzen, dass die Landesregierung auf Bundesebene die Bundesregierung unterstützt, das 0,7 % -Ziel entsprechend in den nächsten Jahren sicherzustellen.

DIE LINKE Hessen:

X JA NEIN

Ja, wir sehen die entsprechende Selbstverpflichtung der Bundesrepublik weiterhin als bindend an. Da der Bund seiner Verpflichtung nicht nachkommt, sind die Länder besonders gefordert, entsprechend Druck auf die Bundesregierung auszuüben und bis zur Erfüllung der internationalen Selbstverpflichtung in Vorleistung zu gehen. Damit käme Hessen der

Selbstverpflichtung der Bundesländer aus dem Jahre 2008 nach, ihre Anstrengungen zur Erreichung der Milleniumsziele zu verstärken.

Zivilgesellschaftliche Eine Welt-Arbeit ist geprägt von Vielfalt, großem Engagement und Sachverstand, Verantwortungsgefühl und hoher persönlicher wie politischer Verbindlichkeit. Dank dieser Charakteristika können staatliche Gelder und vorhandene Ressourcen hocheffektiv im Sinne global gerechter Entwicklung eingesetzt werden. 2013 wurde der Haushaltstitel des Landes für die Bildungs- und Projektarbeit von Nichtregierungsorganisationen deutlich überzeichnet, viele Projekte konnten nicht ausreichend gefördert werden.

Frage 2b:

Unterstützen Sie die Forderung des EPN Hessen, diese Haushaltsmittel zur Förderung der zivilgesellschaftlichen Projekt- und Bildungsarbeit im nächsten Haushalt mindestens auf das Niveau von 2003 (534.000 Euro) anzuheben?

JA NEIN

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

CDU Hessen:

JA NEIN

Die Landesförderung verstärkt die in ehrenamtlichem Engagement gesammelten Ressourcen und erschließt zusätzliche Fördermöglichkeiten durch dritte Partner. Angesichts der mit einer großen Mehrheit von 70 Prozent befürworteten Einführung einer Schuldenbremse in die Hessische Verfassung besteht jedoch kein Spielraum, die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel zu verdoppeln.

SPD Hessen:

X JA NEIN

Auch Hessen wird unter einer SPD Regierung die Mittel für die

Entwicklungszusammenarbeit erhöhen. Unsere Haushaltsanträge in den letzten 6 Jahren haben dies kontinuierlich belegt. Danach wurde regelmäßig eine Verdoppelung der Mittel beantragt. Dies bedeutet noch nicht das Niveau von 2003, aber ist ein erster, wichtiger Schritt. Allerdings werden wir auch in anderen Ressorts Aktivitäten entwickeln, die in den Kontext der Entwicklungszusammenarbeit fallen. Dazu gehören Projekte der Energiewende.

In dem bereits erwähnten Papier heißt es dazu: „Wir werden unsere Entwicklungspolitischen Aktivitäten an dem Grundgedanken globaler Umweltpolitik orientieren. Deshalb wird einer unserer Schwerpunkte der Technologie- und Wissenstransfer im Bereich der Umwelttechnologien, insbesondere der regenerativen Energien sein. Angesichts des Klimawandels und der zunehmenden Armut in der Weltgemeinschaft kann wirtschaftlicher Fortschritt nur als nachhaltiger, dynamischer und sozialer Prozess begriffen werden, der die Werte der sozialen Gerechtigkeit und der ökologischen Verantwortung mit den Interessen der Wirtschaft vereinigt. Nachhaltige Entwicklung bedeutet, dass grundlegende Bedürfnisse heutiger Generationen befriedigt und künftiger Generationen gesichert werden. Mit diesem Leitbegriff verbindet sich auch die Erkenntnis, dass ohne die Berücksichtigung sozialer und ökonomischer Belange die Umweltproblematik nicht gelöst werden kann.“

Entsprechendes gilt für die Kooperationen im wissenschaftlichen Bereich.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen:

JA NEIN

Zum Doppelhaushalt 2013/2014 haben wir bereits einen Haushaltsantrag gestellt, der dieses Niveau übersteigt.

FDP Hessen:

JA NEIN

Die FDP Landtagsfraktion wird eine Ausweitung der Förderung der zivilgesellschaftlichen Projekte und Bildungsarbeit im nächsten Haushalt im Rahmen der dann zu gründenden Stiftung in Hessen prüfen und vorbehaltlich der Entwicklung des Landeshaushaltes auch unterstützen.

DIE LINKE Hessen:

JA NEIN

Ja. Wir haben seit dem Einzug der LINKEN in den Hessischen Landtag entsprechende Haushaltsanträge gestellt und sehen dieses Förderungsniveau angesichts der oben angesprochenen Herausforderungen als Ausgangsbasis an, da es gerade einmal ungefähr der Förderhöhe entspräche, die in Hessen in den 90er Jahren üblich war.

III. STÄRKUNG VON BELANGEN DES GLOBALEN LERNENS UND DER ENTWICKLUNGSPOLITISCHEN BILDUNGSARBEIT ALS BEITRAG ZUR UN-DEKADE „BILDUNG FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG“ UND DARÜBER HINAUS

Die Hessische Landesregierung hat sich mit einem Kabinettsbeschluss vom 12.12.2005 dazu verpflichtet, sich aktiv und ressortübergreifend an der UN-Weltdekade "Bildung für nachhaltige Entwicklung" zu beteiligen.

Zahlreiche entwicklungspolitische Initiativen und NRO bereichern sowohl Hessens Schulalltag als auch die außerschulische Fort- und Weiterbildung mit anspruchsvollen Angeboten Globalen Lernens. Hessen hat sich mit der Orientierung an Kerncurricula und dem Leitbild der selbstständigen Schule prinzipiell weiter für das problemorientierte, fachübergreifende Lernen geöffnet. Damit entwicklungspolitische Bildungsangebote nun besser dazu beitragen können, dass Menschen in Hessen global bewegt und kompetenzorientiert lernen, braucht es konkrete Ansätze sowie die Unterstützung des zivilgesellschaftlichen Engagements.

Frage 3:

Unterstützen Sie die Forderungen, das Konzept einer „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (UN-Dekade) gemäß des 2007 von der Kultusministerkonferenz und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung vorgestellten „Orientierungsrahmen Globale Entwicklung“ in Hessen in allen Schulformen umzusetzen, es in die Ausbildung der Lehrkräfte zu integrieren sowie entwicklungspolitische

Themen stärker in die Aus- und Fortbildungspläne der Fachhochschulen für die Angehörigen des Öffentlichen Dienstes aufzunehmen?

JA NEIN

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

CDU Hessen:

JA NEIN

Gemäß § 2 des Hessischen Schulgesetzes schließt der Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schulen unter anderem auch die Befähigung ein, andere Kulturen in ihren Leistungen kennen zu lernen und zu verstehen sowie die Auswirkungen des eigenen und gesellschaftlichen Handelns auf die natürlichen Lebensgrundlagen im Sinne der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ zu erkennen. Um der Gesamtheit des staatlichen Bildungs- und Erziehungsauftrages gerecht werden zu können, ist dabei freilich auf eine sorgfältige und ausgewogene Abwägung im Rahmen der Vielfalt der Bildungs- und Erziehungsziele zu achten. Besonders in den weiterführenden Schulen sollten Jugendliche mit dem Thema nachhaltige Entwicklung befasst werden – allerdings nicht in Form einer „Überfrachtung“ der Lehrpläne. Dagegen scheint es uns nicht vordringlich zu sein, Entwicklungspolitik in der Aus- und Fortbildung für den Öffentlichen Dienst in Hessen stärker zu thematisieren, da deren Angehörige sich bei speziellem Interesse selbständig extern weiterbilden oder entsprechend engagieren können.

SPD Hessen:

JA NEIN

Mit Kabinettsbeschluss vom 12. Dezember 2005 hat sich die Landesregierung des Landes Hessen verpflichtet, aktiv an der UN – Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ mitzuwirken. Doch der Beschluss wurde von CDU und FDP nicht umgesetzt. Bereits seit 1962 haben sich die Ministerpräsidenten der Länder mehrfach zur Förderung der Entwicklungszusammenarbeit in entsprechenden Beschlüssen geäußert. Diese Beschlüsse sind vom Bundespräsidenten unterstützt worden. Auf der Grundlage der Kulturhoheit der Länder haben die Ministerpräsidenten in diesen Beschlüssen die entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit als Handlungsfeld

definiert. Durch die rasche Globalisierung und deren ambivalente Auswirkungen auf die Gesellschaft steht die Bildungsarbeit im Inland vor neuen Herausforderungen.

Die entwicklungsbezogene Bildungsarbeit im Sinne von „Globalem Lernen“ leistet wichtige Beiträge, indem sie ökologische, soziale, politische und ökologische Abhängigkeiten aufzeigt und die Verbindungen zwischen lokalen und globalen Erscheinungsformen herstellt und zu einem weltoffenen, zukunftsorientierten, vernetzten Denken und Handeln befähigt. Lernen bietet die Grundlage für Verantwortung, Respekt vor und von kultureller Vielfalt und für ein friedliches Miteinander.

Deshalb wollen wir, dass im Sinne der UN – Dekade die Aktivitäten des Landes Hessen unter dem Aspekt „Globalen Lernens“ verstärkt werden. Ein konzeptioneller Schwerpunkt kann und sollte die Intensivierung der Ausbildungskooperation im Bereich der dualen Ausbildung sein. Mit dieser Ausrichtung, die zudem in der originären Zuständigkeit der Länder liegt, können langfristige Kooperationsbeziehungen entwickelt werden.

Wir schlagen ein Nachhaltigkeitsprojekt „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ als Kooperationsprojekt zwischen Wirtschaftsministerium und HMK vor.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen:

JA NEIN

Kenntnisse über die Globale Entwicklung sind Teil der Allgemeinbildung, die einen ihrer Bedeutung entsprechenden Platz in der Schul- und Hochschulbildung einnehmen müssen. Die entsprechenden Forderungen in unserem Regierungsprogramm für die Landtagswahl sind bereits mit konkreten Konzepten hinterlegt.

FDP Hessen:

JA NEIN

Keine Erläuterung.

DIE LINKE Hessen:

X JA NEIN

Ja, entwicklungspolitische Themen stehen nach Ansicht der LINKEN ohnehin in enger Verbindung mit den Fragen sozialer und ökologischer Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Internationale und globale Zusammenhänge zwischen der wirtschaftlichen Tätigkeit von Unternehmen hierzulande und weltweit sind gerade für eine international so eingebundene Wirtschaft wie die deutsche hoch relevant und sollten als Teil der Lehrpläne ebenso Beachtung finden wie die Konsequenzen, die sich aus dieser Verwobenheit für die deutsche Außen-, Wirtschafts-, Umwelt-, Sozial-, Arbeitsmarkt- und Integrationspolitik ergeben.

IV. KOHÄRENZ DER NORD-SÜD-ENTWICKLUNGSPOLITIK UND VERANKERUNG VON ENTWICKLUNGSPOLITIK ALS QUERSCHNITTAUFGABE

Die über 90 Mitgliedsorganisationen des EPN Hessen fordern die konsequente Beachtung entwicklungspolitischer Grundprinzipien bei allen politischen Entscheidungen des Landes. Dazu gehört die stärkere Abstimmung und Transparenz aller Politikfelder, insbesondere jedoch Wirtschaft, Bildung, Umwelt, Kultur, Migration und Integration sowie die Berücksichtigung zivilgesellschaftlicher Expertise.

Bislang finden weder regelmäßige Berichterstattung durch die Landesregierung noch eine Debatte im Hessischen Landtag über die entwicklungspolitischen Auswirkungen der Landespolitik und den Einsatz der ODA-Mittel des Landes statt.

Frage 4:

Setzt sich Ihre Fraktion dafür ein, dass Hessens Entwicklungspolitik kohärenter wird sowie regelmäßig Monitoring und Berichterstattung stattfinden?

JA NEIN

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

CDU Hessen:

JA NEIN

Wo sich das Land Hessen im Ausland engagiert – zum Beispiel im Rahmen von Bildungsk Kooperationen oder unterstützenden Projekten – findet eine stringente Evaluation und Erfolgskontrolle statt. Als CDU Hessen legen wir Wert darauf, dass hier nachhaltige Entwicklungsprozesse, die Hilfe zur Selbsthilfe geben, umgesetzt werden.

SPD Hessen:

X JA NEIN

Keine Erläuterung.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen:

X JA NEIN

Für staatliche Aktivitäten ist Monitoring und Berichterstattung unverzichtbar, um Fehler zu diagnostizieren und Verbesserungen durchzuführen. Hier sollte das Verfahren gemeinsam mit dem EPN entwickelt werden.

FDP Hessen:

JA NEIN

Im Rahmen der geplanten Gründung einer Landesstiftung wird dieses Thema stärker in den Mittelpunkt der hessischen Politik gerückt.

DIE LINKE Hessen:

X JA NEIN

Ja, wir sehen die Notwendigkeit, dieses für so unterschiedliche Ressorts bedeutsame Thema kohärenter zu bearbeiten. Eine Zusammenführung der

Anstrengungen würde auch ein erhöhtes Interesse seitens des Landes dokumentieren. Eine regelmäßige Berichterstattung gegenüber dem Parlament und den engagierten Verbänden wäre sinnvoll.

V. EINRICHTUNG EINES ENTWICKLUNGSPOLITISCHEN BEIRATS IN HESSEN

Hessens entwicklungspolitisches Engagement wird von staatlichen wie nicht-staatlichen AkteurlInnen getragen und verdient breites öffentliches Interesse. Um die vielfältigen Formen der Zusammenarbeit zu fördern und stärker ins öffentliche Bewusstsein zu rücken, befürwortet EPN Hessen die Einrichtung eines entwicklungspolitischen Beirates für die Landesregierung sowie die partizipative und öffentlich kommunizierte Erarbeitung entwicklungspolitischer Leitlinien/ Grundsätze des Landes.

Frage 5a:

Unterstützen Sie die Forderung des EPN Hessen nach Einrichtung eines entwicklungspolitischen Landesbeirates, dem neben VertreterInnen der politischen Parteien auch VertreterInnen des zivilgesellschaftlichen Eine Welt-Landesnetzwerks und der universitären Entwicklungsforschung angehören?

JA NEIN

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

CDU Hessen:

JA NEIN

Die CDU will eine Entwicklungszusammenarbeit fortsetzen, die wirtschaftliche Entwicklung stärkt und die Nicht-Regierungsorganisationen aus Hessen in die Lage versetzt, ihre Projekte mit ihren Partnern in den ausgewählten Entwicklungsländern erfolgreich zum Abschluss zu bringen.

SPD Hessen:

JA NEIN

Die Arbeit des EPN in Hessen muss institutionalisiert und aufgewertet werden. Bislang sind die Treffen unverbindlich und viel zu selten. Die Einrichtung eines Beirats mit Verbindlichkeit, in dem neben Vertretern der im Hessischen Landtag vertretenen Parteien die Vertreterinnen und Vertreter der in Hessen aktiven NGOs und er Organisationen, die im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit tätig sind, Wie die WSU, sollten diesem Beirat angehören.

Wir dürfen aber auch prüfen, ob die Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände bereit wären, in einem Beirat mitzuwirken. In einem Papier „Verantwortung für Hessen heißt Verantwortung für die globale Entwicklung“, dass die Hessische SPD Fraktion im vergangenen Jahr der Öffentlichkeit vorgestellt hat, heißt es: „Für die Hessische SPD Landtagsfraktion steht über jeder außenwirtschaftlichen, außenwissenschaftlichen, bildungs- und entwicklungspolitischen Aktivität der Grundgedanke einer Weltordnung, die der Verwirklichung einer gerechten Teilhabe an Reichtum und somit an Ressourcen verpflichtet ist. Wir wollen unsere außenwirtschaftlichen Aktivitäten in dem Bewusstsein globaler Verantwortung anlegen. Deshalb wollen wir die Felder der Außenwirtschaft, Außenwissenschaft, der Bildungs- und Entwicklungszusammenarbeit gemeinsam denken und entwickeln. In der Zusammenführung dieser Politikfelder geben wir eine in der Bundesrepublik einmalige Orientierung.“ Aus diesem Grund halten wir es für zielführend, wenn auch die Gewerkschaften und die Arbeitgeberverbände in einem solchen Beirat mitwirken.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen:

JA NEIN

Der Beirat kann durch eine Erweiterung des gegenwärtigen Gesprächskreises beim Wirtschaftsministerium entstehen. Er kann zu einem wertvollen Instrument der engen Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft und staatlichen Einrichtungen werden.

FDP Hessen

(Antwort auf die Fragen 5-7):

JA NEIN

Die Strukturen einer entsprechenden Landesstiftung sollen durch einen Fachbeirat ergänzt werden.

Eine Landesstiftung wird die Frage der Einbindung der verschiedenen Stellen entsprechend bearbeiten und hier gegebenenfalls Schwerpunkte setzen können.

Eine Änderung der hessischen Gemeindeordnung ist hierfür nicht notwendig. Im Rahmen einer Landesstiftung sollen diese Ziele gefördert werden.

DIE LINKE Hessen:

JA NEIN

Ja, wir halten die Einrichtung eines kontinuierlich arbeitenden Forums zum Austausch zwischen den Landtagsfraktionen, dem zuständigen Ministerium und den genannten Vertreter_innen der Zivilgesellschaft in diesem Bereich für sinnvoll und geboten.

Frage 5b:

Unterstützen Sie die partizipative Erarbeitung developmentspolitischer Grundsätze in einem öffentlichen Prozess unter Beteiligung der Zivilgesellschaft?

JA NEIN

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

CDU Hessen:

JA NEIN

Siehe Antwort zu Frage 1.

SPD Hessen:

JA NEIN

Ein Großteil der developmentspolitischen Zusammenarbeit wird in Hessen von ehrenamtlichen, vielfach kommunal getragenen Vereinen und Organisationen geleistet. Alleine im developmentspolitischen Netzwerk sind 22 Nord-Süd

Partnerschaftsvereine in 15 Nationen organisiert.

Zahlreiche Bildungsträger wie die Karl Kübel Stiftung engagieren sich in konkreten Projekten. Die Stiftungen der politischen Parteien unterhalten ihre internationalen Büros. In anderen Bundesländern sind diese Stiftungen sogar Träger von Landesprojekten.

Bislang gibt es noch keine vollständige Datenbank über die developmentspolitischen Projekte in Hessen. Diese muss aufgebaut werden. Darüber hinaus wollen wir die Ehrenamtsarbeit in diesem Bereich weiter qualifizieren und entwickeln. Die developmentspolitischen Aktivitäten der Kommunen sollen gebündelt werden. Der Austausch zwischen den Initiativen ist zu fördern und gegebenenfalls sind gemeinsame Projekte als Form interkommunaler Zusammenarbeit zu organisieren. Dabei wollen wir auch die kulturelle und sprachliche Kompetenz der Migrantinnen und Migranten in Hessen in den Prozess der Brückenbildung zu anderen Ländern einbeziehen.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen:

JA NEIN

Der developmentspolitische Landesbeirat (siehe Frage 5a) sollte bei diesem Prozess eine wichtige Steuerungsfunktion übernehmen.

FDP Hessen (siehe Frage 5a)

JA NEIN

DIE LINKE Hessen:

JA NEIN

Ja, diese Aufgabe könnte sinnvollerweise der in Frage 5a angesprochenen Gremium zukommen. Eine solche Debatte würde wichtige Impulse direkt von den Engagierten an die ausführenden Organe auf Landesseite und an den Gesetzgeber ermöglichen.

VI. UNTERSTÜTZUNG KOMMUNALER UND REGIONALER ENTWICKLUNGS-ZUSAMMENARBEIT IN HESSEN

Kommunen sind wichtige Akteurinnen in der Entwicklungszusammenarbeit: Von Städtepartnerschaften, lokaler Wirtschaft oder kommunaler Beschaffung bis hin zu immer mehr hessischen Fair-Trade-Towns: Globales Lernen und Handeln findet oft in diesen lokalen Räumen statt. Dazu brauchen die Kommunen rechtliche Sicherheit und finanzielle Ressourcen.

Frage 6a: Global denken – lokal handeln

Unterstützen Sie die Forderung des EPN Hessen, die Hessische Gemeindeordnung so zu ändern, dass

a) das Engagement kommunaler Stellen zum Thema Entwicklungszusammenarbeit durch das Land Hessen gefördert und eine Haushaltsstelle für kommunale Entwicklungszusammenarbeit (EZ) im Hessischen Landeshaushalt eingerichtet wird?

JA NEIN

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

CDU Hessen (siehe Frage 7)

JA NEIN

SPD Hessen (eine Antwort auf die Fragen 6a und 6b):

JA NEIN

Die kommunale Entwicklungszusammenarbeit hat in den letzten Jahren viel Anerkennung erfahren. So trägt das Präsidium des RGRE in seiner 102. Sitzung am 08.12.2011 in Halle "... der zunehmenden Bedeutung der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit in den Kommunen sowie auf nationaler, europäischer und globaler Ebene durch die Einsetzung eines 'Ausschusses für kommunale Entwicklungszusammenarbeit' Rechnung". Auch das Präsidium des Deutschen Städtetages hat bereits 2009 darauf hingewiesen, dass die Kommunen einen spezifischen Beitrag in die Entwicklungszusammenarbeit

einbringen können. Der Bund-Länder-Ausschuss Entwicklungszusammenarbeit (BLA EZ) zur kommunalen Entwicklungspolitik erkennt in seinen Empfehlungen vom Juni 2010 das vorhandene Engagement vieler deutscher Kommunen an und empfiehlt ihre Einbeziehung in einen staatlichen Mehrebenenansatz. Weiter ist die kommunale Entwicklungszusammenarbeit auch ein etablierter Politikbereich der Europäischen Union geworden.

Wir deshalb in Anlehnung an die Aktivitäten unseres Nachbarlandes Rheinland-Pfalz eine Koordinations- und Beratungsstelle für kommunale Entwicklungsarbeit auf den Weg bringen.

Denn durch fairen Handel, ökologisch und fair ausgerichtete Beschaffung in den Kommunen, Klimaschutz und den Einsatz erneuerbarer Energien sowie die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund und kommunale Partnerschaftsprojekte können auch auf lokaler Ebene wichtige Beiträge zur Umsetzung der Millenniumsziele erbracht werden.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen (eine Antwort auf die Fragen 6a und 6b):

JA NEIN

Wir unterstützen eine enge Zusammenarbeit von Land und Kommune, die zu einem lebendigen entwicklungspolitischen Engagement in möglichst vielen hessischen Gemeinden beiträgt. Flächendeckende Verwaltungsstrukturen, die vom Land gesetzlich verankert und dann gemäß des Konnexitätsprinzips auch vom Land finanziert werden müssen, halten wir hingegen nicht für sinnvoll.

FDP Hessen (siehe Frage 5)

JA NEIN

DIE LINKE Hessen:

JA NEIN

Wir sehen als eines der Handlungsfelder, auf dem Kommunen am unmittelbarsten entwicklungspolitisch aktiv werden können, die öffentliche Auftragsvergabe und Beschaffung und das Engagement in der Erzeugung klimaschonender erneuerbarer Energien. In beiden Bereichen wollen wir die Kommunen deutlich auch personell unterstützen, um Beratung und Einhaltung gemeinsamer Vereinbarungen zum Beispiel über die Beschaffung nach

internationalen Zertifikaten zum Fair Trade bereitzustellen. Als Voraussetzung für ein wirksames Handeln der Kommunen sehen wir ihre bessere finanzielle Ausstattung ebenso an wie ihre Möglichkeit, sich eigenwirtschaftlich zu betätigen, weshalb dies zentrale Anliegen unserer parlamentarischen Arbeit sind.

b) **kommunale entwicklungspolitische Beauftragte ernannt werden können?**

JA NEIN

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

CDU Hessen (siehe Frage 7):

JA NEIN

SPD Hessen (siehe Frage 6a):

JA NEIN

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen (siehe Frage 6a):

JA NEIN

FDP Hessen (siehe Frage 5):

JA NEIN

DIE LINKE Hessen:

JA NEIN

Wie in Frage 5a angesprochen, streben wir – übrigens nicht nur aus entwicklungspolitischer Sicht – eine deutliche Ausweitung der Handlungsfähigkeit der Kommunen an. Die kommunale Selbstverwaltung ist ein Grundpfeiler der Demokratie und wird durch die Einschränkungen im Haushalt, aber auch durch die gesetzliche Einschränkung ihrer wirtschaftlichen Betätigung im Rahmen der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) gefährdet.

VII. UNTERSTÜTZUNG GLOBALER ENTWICKLUNGS- UND NACHHALTIGKEITSZIELE UND LOKALER AGENDA-21 PROZESSE

Mit dem Weltgipfel für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro wurde die Bedeutung lokaler Politikgestaltung für eine global nachhaltige und gerechte Entwicklung endgültig anerkannt und die **Agenda 21** als Umsetzungsprozess beschlossen. Mit der **Millenniumserklärung** der Vereinten Nationen von 2000 definierte acht Entwicklungsziele (MDGs), die bis 2015 erreicht werden sollten: Hungerbekämpfung, Bildung für alle Kinder, die Gleichstellung der Geschlechter, die Verbesserung der Gesundheit von Müttern und Kindern, die Bekämpfung von HIV/Aids sowie anderen Krankheiten, ökologische Nachhaltigkeit, Entwicklungspartnerschaft zwischen armen und reichen Ländern. Auf allen Ebenen verpflichteten sich Politik wie zivilgesellschaftliche Organisationen zur Erfüllung der Millenniumsentwicklungsziele.

Aktuell wird unter dem Stichwort **Post-2015 Agenda** auf UN-Ebene an der Formulierung globaler **Nachhaltigkeitsziele** (Sustainable Development Goals/SDGs) gearbeitet, welche als verbindliche Zielsetzungen für Norden wie Süden gelten sollen. Deren Erfolg wird jedoch weiterhin massiv von ihrer lokalen Verankerung und Umsetzung abhängen.

Frage 7:

Setzen Sie sich dafür ein, dass der Agenda 21-Prozess sowie globale Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsziele (MDGs + SDGs) durch die hessische Landesregierung und in den hessischen Kommunen gefördert werden?

JA NEIN

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

CDU Hessen:

JA NEIN

Die Fragen 6 und 7 werden aufgrund ihres Sachzusammenhanges gemeinsam beantwortet. Der Wirkungskreis der Gemeinden wird durch § 2 HGO auf das Gemeindegebiet begrenzt. Allenfalls im Rahmen von Städtepartnerschaften erscheint der CDU Hessen ein kommunales Engagement vertretbar, wenn die Haushaltswirtschaft der Kommune dies ermöglicht. Bedenken muss man dabei auch die Grundentscheidung der HGO zur wirtschaftlichen Betätigung der Gemeinden: Es ist nicht zu vermitteln, dass sich eine hessische Gemeinde – mit eng begrenzten Ausnahmen – nur innerhalb ihres Gebietes wirtschaftlich betätigen darf, aber die von Bürgern bezahlten Steuern auch im Ausland ausgeben soll.

Die CDU Hessen sieht im Übrigen aus grundsätzlichen Erwägungen heraus eine Ausdehnung des Beauftragtenwesens in der Kommunalverfassung kritisch.

SPD Hessen:

JA NEIN

Keine Erläuterung.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen:

JA NEIN

Der Agenda-Prozess ist auf eine längerfristige Perspektive gerichtet und verdient deshalb auch eine kontinuierliche Unterstützung. Wir werden in Regierungsverantwortung versuchen, gemeinsam mit der Zivilgesellschaft die Idee des Prozesses neu zu beleben.

FDP Hessen (siehe Frage 5):

JA NEIN

DIE LINKE Hessen:

JA NEIN

Ja, wie in den obigen Fragen erläutert, sehen wir die Handlungsmöglichkeiten der Kommunen vor allem im Ressourcen- und Klimaschutz sowie im Einkauf nach sozialen und ökologischen Kriterien. Zur Förderung dieser Ziele ist das Land gefragt, die hessischen Kommunen zu unterstützen.

VIII. BERÜCKSICHTIGUNG ENTWICKLUNGSPOLITISCHER KRITERIEN IM BESCHAFFUNGSWESEN DER HESSISCHEN LANDESREGIERUNG

Das Bundesland Hessen hat im Rahmen seiner Nachhaltigkeitsstrategie eine "nachhaltige und faire Beschaffung" als Ziel formuliert. 2013 hat das Land aber ein neues Vergabegesetz erlassen, das die Umsetzung dieser Selbstverpflichtung nur begrenzt ermöglicht.

Frage 8:

Unterstützen Sie die Forderung des EPN Hessen, die hessische Landesregierung möge einen allgemeingültigen und rechtsverbindlichen Rahmen unter Einbeziehung der ILO-Kernarbeitsnormen bereit stellen (Novellierung des aktuellen Vergabegesetzes von 2013), der es den Landesinstitutionen und den Kommunen rechtlich gesichert ermöglicht, in der öffentlichen Beschaffung fair und nachhaltig produzierte und gehandelte Waren, z.B. durch Berücksichtigung der ILO Kernarbeitsnormen, einzukaufen und einzusetzen? Wären Sie darüber hinaus bereit, notwendige Beratungs- und Unterstützungsleistungen bereit zu stellen?

JA NEIN

WENN JA, WIE? _ WENN NEIN, WARUM NICHT?

CDU Hessen:

JA NEIN

Bislang haben über 120 ILO-Mitgliedsstaaten alle Kern- oder Menschenrechtsübereinkommen ratifiziert, darunter auch Deutschland. Neben dem Risiko einer erheblichen Verzögerung der Auftragserteilung besteht auch die Gefahr, dass die Berücksichtigung sozialpolitischer Aufgaben durch die kommunalen Vergabestellen in den Vordergrund rückt. Für die Kommunen würde zudem ein erheblicher zusätzlicher Kontrollaufwand entstehen, der sich auch auf Seiten gerade kleinerer und mittlerer Unternehmen als bürokratische Belastung niederschlagen würde. Dies würde die Teilnahme dieser KMU an öffentlichen Ausschreibungen zusätzlich erschweren und ggf. zu weiteren Rechtstreitigkeiten führen. Schließlich handelt es sich um vergabefremde Aspekte, die keinen Bezug zu der Ausführung von Leistungen im Rahmen des öffentlichen Auftrags aufweisen und daher aus ordnungspolitischer Sicht abzulehnen sind.

SPD Hessen:

JA NEIN

Siehe auch Beantwortung der Frage 6a.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen:

JA NEIN

Leider wurden die durch die „Nachhaltigkeitsstrategie“ der Landesregierung geweckten Erwartungen durch das inzwischen von CDU und FDP verabschiedete Vergabegesetz nicht einmal ansatzweise eingelöst. Das Versprechen, sich für eine nachhaltige und faire Beschaffung einzusetzen, hat die Landesregierung nicht umgesetzt.

Unseren Vorschlag für ein Tariftreue- und Vergabegesetz sorgt für eine nachhaltige und faire Beschaffung und bezieht auch die ILO-Kernarbeitsnormen mit ein: <http://gruenlink.de/l1x>.

FDP Hessen:

JA NEIN

Die Novelle des hessischen Vergaberechts ist von der Landesregierung und den Koalitionsfraktionen in dieser Wahlperiode abgeschlossen worden. Weitere Veränderungen sind vorerst nicht beabsichtigt.

DIE LINKE Hessen:

JA NEIN

Ja, siehe Frage 6a. Die LINKE Fraktion im Hessischen Landtag hat als eine ihrer ersten parlamentarischen Initiativen einen Entwurf für ein hessisches Fairgabe-Gesetz eingereicht und zum Jahresende 2012 einen weiteren Entwurf vorgelegt, der die Erfahrungen der anderen Bundesländer, die in diesem Bereich mit vorbildlichen und praktikablen Ansätzen vorangegangen sind, berücksichtigt. Wir haben dabei, was von interessierten Verbänden besonders gelobt wurde, auch die Frage der Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben und ihrer Kontrolle beachtet (Präqualifikationsverfahren, Benennung und personelle Ausstattung der Beschaffungsstellen, die beraten und kontrollieren) und ein Gremium vorgesehen, das in Absprache mit engagierten Verbänden eine Auswahl vertrauenswürdiger Zertifikate vornimmt.

IX. STÄRKERER EINSATZ HESSENS AUF BUNDES- UND EUROPAEBENE FÜR DIE ENTWICKLUNGSPOLITIK

Die BRD hat den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (UN-Zivilpakt), den UN-Sozialpakt und die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte unterzeichnet. Daraus ergibt sich unserer Ansicht nach ebenfalls eine Verantwortung für die einzelnen Bundesländer, sich der Umsetzung der Erklärungen zu verpflichten und entsprechend zu handeln.

Frage 9:

Unterstützen Sie die Forderung des EPN Hessen an die Hessische Landesregierung, im Sinne einer Regierungsführung der globalen

Verantwortung Initiativen auf EU- und Bundesebene zu folgenden Themen zu initiieren bzw. mitzutragen?

- a. Einführung der sozialen Mindeststandards der ILO von 1998 sowie von Umweltstandards im Welthandel

JA NEIN

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

CDU Hessen (eine Antwort auf Fragen 9a-9f):

JA NEIN

Die aufgeworfenen Probleme sind im Rahmen der Kompetenzordnung der Bundesrepublik nicht Aufgabe eines Bundeslandes. Die CDU Hessen teilt diesbezüglich jedoch die Positionen der CDU Deutschlands, wie sie im Grundsatzprogramm dargelegt sind:

Wir treten für eine zunehmend integrierte Weltwirtschaft mit einem freien und gerechten Welthandel ein und wollen deshalb Institutionen wie die Welthandelsorganisation stärken. Für Deutschland ist die Sicherheit internationaler Handelswege ein vitales Interesse. Damit wird es unserem Land besser möglich, sich an der weltweiten Mehrung von Wohlstand zu beteiligen. Zugleich fördert freier und gerechter Handel die Überwindung von Armut und trägt damit zur ökonomischen und politischen Stabilisierung von Staaten bei, die sonst zu scheitern drohen. Es liegt in Deutschlands Interesse, bei der Bewältigung der Entwicklungsprobleme vieler Länder - Armut, Unterentwicklung, Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung, Kriege, Terrorismus und Staatszerfall - mitzuwirken. Unsere Entwicklungspolitik der partnerschaftlichen Zusammenarbeit ruht auf drei Säulen: Erstens der Verantwortung für die unter Armut Leidenden und für die Schöpfung auf Grundlage unseres christlichen Menschenbildes; zweitens der Abwehr von Risiken und drittens der Stärkung unserer politischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Partnerschaften. Entwicklungspartnerschaft bedeutet für uns, dass wir eigene Reforminitiativen stärken und Mitverantwortung der Entwicklungsländer einfordern.

Entwicklungspolitik ist wertgebunden. Sie ist Teil einer Weltordnungspolitik. Wir sehen in freiheitlicher Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, guter Regierungsführung und einer sozial verpflichteten marktwirtschaftlichen Ordnung, die zugleich die natürlichen Lebensgrundlagen schützt, den besten Weg, Entwicklung in armen Ländern zu fördern. Diese Ziele sind Kernelemente unserer Entwicklungspolitik. Entwicklungszusammenarbeit, die langfristig wirken soll, setzt konsequente eigene Anstrengungen insbesondere vonseiten der politischen Entscheidungsträger und der Eliten in den Entwicklungsländern voraus. Wir leisten Hilfe zur Selbsthilfe. Wir treten ein für die Fortsetzung der weltweiten Abrüstung, die Stärkung der Rüstungskontrolle und eine europäisch koordinierte Handhabung der Rüstungsexporte. Die Verhinderung der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und ihrer Trägertechnologien fördert den Weltfrieden und trägt zu unserer Sicherheit bei. Wir werden darauf hinwirken, dass die internationale Gemeinschaft mit Entschlossenheit und Geschlossenheit auf solche Kräfte einwirkt, die gegen internationale Regeln und Abkommen verstoßen.

SPD Hessen (eine Antwort auf Fragen 9a-9f):

JA NEIN

Die Fragen beziehen sich im Wesentlichen auf die Bundespolitik. Die Hessische SPD teil voll umfänglich das von der Bundes SPD entwickelte Programm, in dem folgendes ausgeführt ist: „ Leitbild unserer Entwicklungspolitik bleibt eine globale Strukturpolitik, die die internationalen Rahmenbedingungen entwicklungsfreundlich und nachhaltig gestaltet und die großen Zukunftsaufgaben als gemeinsame Herausforderung begreift. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind auch dabei unsere Grundwerte.

Ziele unserer Entwicklungspolitik sind die Überwindung von Armut und Hunger in der Welt, der Schutz der globalen öffentlichen Güter und die Verwirklichung der Menschenrechte. Wir stehen zu unseren internationalen Verpflichtungen. Mit unserer Hilfe unterstützen wir die eigenen Anstrengungen der in Armut lebenden Menschen. Damit sie wirkt, braucht es verantwortliche Regierungen, aktive Bürgerinnen und Bürger sowie Rahmenbedingungen, die soziale Gerechtigkeit, nachhaltige Entwicklung und Frieden fördern.

Wir stehen zu einem eigenständigen BMZ als Bundesministerium für globale Zusammenarbeit und nachhaltige Entwicklung mit der Zuständigkeit für globale

Zukunfts- aufgaben. Nur ein solches Ministerium kann glaubwürdig und leistungsfähig den Herausforderungen begegnen.

Wir wollen zukünftig die Zusammenarbeit verstärkt auf die ärmsten Entwicklungsländer sowie fragile Staaten und Regionen konzentrieren, ohne aber die Zusammenarbeit mit schon weiter fortgeschrittenen Ländern aufzugeben.

Notwendig für die Überwindung von Armut ist ein breitenwirksames, nachhaltiges Wachstum. Dafür bedarf es der Überwindung von Ungleichheiten in den Gesellschaften und der Schaffung von guter Arbeit, die sich an der Decent Work Agenda der ILO orientiert, der Investitionen in landwirtschaftliche Entwicklung, der Hilfen beim Auf- und Ausbau sozialer Sicherungssysteme im Sinne eines Basisschutzes nach dem Konzept des Social Protection Floors der UN und der ILO sowie der Gleichstellung von Männern und Frauen. Notwendige Bedingungen dafür sind der Zugang zu guter Bildung, Gesundheitsversorgung und Ernährung.

Wir wollen den Hunger bekämpfen und Ernährungssicherheit verwirklichen. Deshalb nutzen wir alle Möglichkeiten, um die Spekulation mit Nahrungsmittelpreisen zu verhindern.

Wir wirken in den Partnerländern auf eine Verwirklichung von Menschenrechten und die Förderung demokratischer Beteiligung und Rechtsstaatlichkeit hin. Wir wollen dazu beitragen, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte und die politischen Menschenrechte zu verwirklichen.

Frauen sind zentrale Akteurinnen für Entwicklungsprozesse. Voraussetzung dafür ist es, ihre persönlichen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Selbstbestimmungsrechte zu stärken. Ihr Zugang zu Familienplanung ist zu gewährleisten. Gewalt gegen Frauen in jeder Form ist zu bekämpfen.

Die Millenniums-Entwicklungsziele wollen wir entschlossen verfolgen und unseren Beitrag leisten, damit sie bis 2015 umgesetzt werden. Dies gilt vor allem für die Bekämpfung der Mütter- und Kindersterblichkeit sowie von HIV/AIDS, Tuberkulose und Malaria. Wir wollen uns beteiligen an der Weiterentwicklung der Millenniumsentwicklungsziele zu „Zielen der nachhaltigen Entwicklung“ (Sustainable Development Goals), die Teil des neuen Rahmenwerks für globale Entwicklungspolitik von 2015 bis 2030 werden sollen. Bei all dem ist die Zivilgesellschaft ein zentraler Partner. Wir erkennen ihren wichtigen Beitrag für Gerechtigkeit, den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, politische Teilhabe und demokratische Entwicklung an – gerade auch in fragilen Staaten. Ihre

wichtige Bildungs- und Anwaltschaftsarbeit werden wir verstärkt unterstützen. Wir wollen das Freiwilligenprogramm „weltwärts“ als einen wertvollen Beitrag zur entwicklungspolitischen Bildungsarbeit ausbauen.

Private Investitionen leisten einen erheblichen Beitrag für die wirtschaftliche Entwicklung und die Überwindung von Armut. Wir wollen den Auf- und Ausbau des privaten Sektors in den Partnerländern unterstützen, soweit er den Prinzipien nachhaltiger sozialer und ökologischer Entwicklung folgt. Auch global tätige Unternehmen tragen Verantwortung für die Einhaltung der Menschenrechte. Wir setzen uns ein für erweiterte Transparenzanforderungen für transnationale Unternehmen, insbesondere im Rohstoffsektor, durch länder- und projektbezogene Berichtspflichten.

Entwicklungspolitik muss die Strategien der Partnerländer einbeziehen. Budgethilfe trägt wesentlich zu einer stärkeren Selbstverantwortung der Partnerländer bei.

Aufstrebende Schwellenländer haben an Bedeutung und Einfluss gewonnen und müssen verstärkt Mitverantwortung bei Armutsbekämpfung und friedenspolitischen Initiativen vor

Es gilt, die multilaterale Zusammenarbeit zu stärken. Dafür muss die deutsche Entwicklungspolitik in ein europäisches Gesamtkonzept eingebettet werden und konsequent auf eine abgestimmte und arbeitsteilige Zusammenarbeit hinarbeiten. Die Trennung von technischer und finanzieller Entwicklungszusammenarbeit, die so nur in Deutschland besteht und zu Doppelstrukturen führt, ist zu überwinden.

In den internationalen Finanz- und Wirtschaftsinstitutionen sollen die Entwicklungs- und Schwellenländer größeres Gewicht haben. Insgesamt gilt es, die Stimmen von Entwicklungs- und Schwellenländern in der Global Governance zu stärken. Gleichzeitig treten wir weiterhin für einen Globalen Rat der Vereinten Nationen für Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik ein. Er soll wirtschaftliche Interessen, soziale Bedürfnisse und ökologische Notwendigkeiten aufeinander abstimmen.

Nachhaltige Entwicklungspolitik muss eng mit globaler Umweltpolitik verbunden sein. Die ärmeren Länder bedürfen besonderer Unterstützung, um den Klimaveränderungen entgegenzuwirken und um einen schnelleren Ausbau Erneuerbarer Energien und mehr Energieeffizienz zu erreichen. Auch den Schutz des Regenwaldes und anderer Ökosysteme müssen wir voranbringen. Die deutschen Finanzausgaben für den Schutz der Wälder und der biologischen

Vielfalt werden wir umsetzen.

Wir wissen: Umfassender Frieden setzt soziale Gerechtigkeit und faire Entwicklung voraus. Ohne das eine kann das andere nicht gelingen. Diese Überzeugung ist und bleibt Kern unserer vorausschauenden sozialdemokratischen Friedenspolitik.“

In diesem Sinn wird auch eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung im Bundesrat tätig werden.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen:

JA NEIN

Wie in der Frage bereits enthalten, kann hier nur ein abgestimmtes Vorgehen der Staaten, Länder bzw. Regionen in der Europäischen Union zum Erfolg führen.

JA NEIN

Bei Frage 9 weisen wir auf den eindeutigen bundespolitischen Bezug hin und verzichten daher auf deren Beantwortung.

DIE LINKE Hessen:

JA NEIN

Ja, wir haben die hessische Landesregierung wiederholt dazu aufgefordert, ihre internationalen Reisen und Kontakte – vor allem des Wirtschaftsministeriums – zu nutzen, um mit (prospektiven) Handelspartnern hessischer Unternehmen über die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen (Verbot von Kinderarbeit, Recht auf gewerkschaftliche Organisation etc.) zu sprechen und die Themen Menschen- und Arbeitsrechte ins Zentrum der Verhandlungen zu stellen. Wir würden es begrüßen, wenn die hessische Landesregierung ihren Einfluss auf Bundesebene dahingehend nutzen würde, auch auf die deutsche Außenpolitik einzuwirken. Ein direkterer Weg zur Werbung für fairen Handel scheint uns von Landesebene aus aber eine sozial und ökologisch ausgerichtete

Beschaffungspolitik der öffentlichen Hand in Hessen sowie die Unterstützung entsprechender Initiativen zum Beispiel durch regionale Partnerschaften, wie sie Hessen bereits mit Regionen in der Türkei, in Polen und Frankreich unterhält.

- b. Entwicklung eines „Aktionsplans Wirtschaft und Menschenrechte“ nach Vorgabe der vom UN-Menschenrechtsrat 2011 einstimmig angenommenen „UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte“

JA NEIN

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

CDU Hessen (siehe Frage 9a)

JA NEIN

SPD Hessen (siehe Frage 9a)

JA NEIN

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen:

JA NEIN

Wie in der Frage bereits enthalten, kann hier nur ein abgestimmtes Vorgehen der Staaten, Länder bzw. Regionen in der Europäischen Union zum Erfolg führen.

FDP Hessen (siehe Frage 9a):

JA NEIN

DIE LINKE Hessen (siehe Frage 9a):

JA NEIN

- c. Abschaffung von Exportsubventionen und Schutz regionaler Märkte, Förderung nachhaltiger regionaler Agrarproduktion

JA NEIN

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

CDU Hessen (siehe Frage 9a):

JA NEIN

SPD Hessen (siehe Frage 9a):

JA NEIN

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen:

JA NEIN

Auch hier ist ein abgestimmtes Vorgehen der Staaten, Länder bzw. Regionen in der Europäischen Union anzustreben. Unsere agrarpolitischen Vorschläge im Detail können im Konzept Grüne Agrarpolitik in Hessen nachgelesen werden: <http://gruenlink.de/11y>.

FDP Hessen (siehe Frage 9a):

JA NEIN

DIE LINKE Hessen:

JA NEIN

Wir sehen die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe als wichtiges politisches Ziel an, mit dem Fortschritte in zahlreichen Bereichen erreicht werden können. Die damit einhergehende Stärkung des ländlichen Raumes erhöht die Lebensqualität und senkt den inländischen Migrationsdruck, der besonders in Hessen zu einer Überlastung der Ballungsräume und einem Aussterben der Dörfer führt. Diese Entwicklung erhöht das Verkehrsaufkommen und damit den Schadstoffausstoß und fördert die Konzentration von wirtschaftlicher Aktivität, Wohnraumnachfrage und Ressourcenverbrauch. Durch die Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe kann dahingegen auch in entwicklungspolitischer Sicht eine Win-Win-Situation erzielt werden.

- d. Einführung demokratischer Strukturen in der „Global Governance“ und umfassende Verankerung der Menschenrechte in den Leitlinien und der operativen Arbeit von WTO, IWF, Weltbank und weiterer internationaler Institutionen

JA NEIN

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

CDU Hessen (siehe Frage 9a):

JA NEIN

SPD Hessen (siehe Frage 9a):

JA NEIN

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen:

JA NEIN

Wie in der Frage bereits enthalten, kann hier nur ein abgestimmtes Vorgehen der Staaten, Länder bzw. Regionen in der Europäischen Union zum Erfolg führen.

FDP Hessen (siehe Frage 9a):

JA NEIN

DIE LINKE Hessen (siehe Frage 9a):

JA NEIN

- e. Umfassende Schuldenstreichung für Länder des Südens in Verbindung mit Maßnahmen, die eine nachhaltige und eigenständige Entwicklung gewährleisten

JA NEIN

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

CDU Hessen (siehe Frage 9a):

JA NEIN

SPD Hessen (siehe Frage 9a):

JA NEIN

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen:

JA NEIN

Schuldenerlass kann kein generelles und undifferenziertes Instrument für die Länder des Südens sein. In unserem Bundestagswahlprogramm steht dazu: „Für einen wirtschaftlichen Neuanfang der ärmsten Länder sind Entschuldungsinitiativen und die Streichung insbesondere illegitimer Schulden unerlässlich. Wir setzen uns für die Schaffung eines internationalen Insolvenzrechts für Staaten ein, um überschuldete Länder nachhaltig aus der Schuldenspirale zu befreien.“

FDP Hessen (siehe Frage 9a):

JA NEIN

DIE LINKE Hessen (siehe Frage 9a):

JA NEIN

- f. Verbot von Rüstungsexporten in Länder, welche diese Waffen gegen ihre eigene Bevölkerung anwenden könnten, wie dies auch auf die Leopard II-Panzer zutrifft, die in Kassel produziert werden. Besonderes Augenmerk ist dabei auf den möglichen Export von Kleinwaffen und Dual-Use-Produkten sowie entsprechende Lizenzen zu richten.

JA NEIN

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

CDU Hessen (siehe Frage 9a):

JA NEIN

SPD Hessen (siehe Frage 9a):

JA NEIN

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen:

JA NEIN

Diese Forderung wird in einem der neun Punkte aufgegriffen, die die GRÜNEN in einem bundesweiten Mitgliederentscheid als Regierungsprioritäten festgelegt haben. Unser Schlüsselprojekt trägt den Titel „Keine Rüstungsexporte zu Lasten von Menschenrechten – ein Rüstungsexportgesetz beschließen“.

FDP Hessen (siehe Frage 9a):

JA NEIN

DIE LINKE Hessen:

JA NEIN

DIE LINKE Hessen und ihre Landtagsfraktion arbeiten eng mit Initiativen und Bündnissen zusammen, die sich gegen den Militär- und Rüstungsstandort Hessen sowie gegen die Werbung der Bundeswehr an hessischen Schulen und das Kooperationsabkommen des Kultusministeriums mit der Bundeswehr wenden. Als Unterstützung dieser Proteste haben wir einen Rüstungsatlas Hessen erarbeitet, der Standorte militärischer Anlagen und von Rüstungsproduktionsstätten ausweist. Wir beteiligen und initiieren Proteste gegen die Präsenz der Bundeswehr auf dem Hessentag, der dieses Jahr (2013) in Kassel stattfand und zu dessen Gelegenheit wir auch Proteste gegen die dort ansässigen Rüstungsanlagen unterstützt haben. Die LINKE Fraktion hat wiederholt die Landesregierung aufgefordert, die Einhaltung der Ausfuhrvorschriften für Rüstungsgüter beim Bund einzufordern und sich für eine Konversion der hessischen Rüstungsproduktionsanlagen einzusetzen.

X. STÄRKERE VERNETZUNG ZWISCHEN KLIMASCHUTZ UND ENTWICKLUNGSPROJEKTEN ALS BEITRAG ZU GLOBALER GERECHTIGKEIT UND NACHHALTIGER ENTWICKLUNG

Die entwicklungspolitischen Herausforderungen sind in den letzten Jahren zunehmend komplexer geworden. Die bisherige **Wachstumsorientierung** als Entwicklungsmaßstab muss angesichts **klimabedingter Katastrophen** und sozialer Verwerfungen in Industrie-, Schwellen- und „Entwicklungsländern“ grundlegend in Frage gestellt werden. An deren Stelle müssen Kriterien gestellt werden, die Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit, nachhaltige Entwicklung und Armutsbekämpfung miteinander verbinden. Entwicklungspolitik muss als Strukturpolitik zu globaler sozial-ökologischer Transformation beitragen und die MDGs zu globalen Nachhaltigkeitszielen weiterentwickelt werden.

Frage 10:

Unterstützen Sie die Forderung des EPN Hessen, die hessische Landesregierung möge

a. **verstärkt solche Projekte unterstützen, die Klimaschutz, globale Gerechtigkeit, nachhaltige Entwicklung und Armutsbekämpfung verbinden?**

JA NEIN

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

CDU Hessen (eine Antwort auf Fragen 10a und 10b):

JA NEIN

Die Herausforderungen des Klimawandels sind von globaler Bedeutung, da diese nicht an Landesgrenzen halt machen. Das Land Hessen unterstützt insoweit projektbezogen Mechanismen zur Verringerung des Treibhausgasausstoßes z. B. durch die 2007 eingerichtete „Transferstelle Internationaler Emissionshandel“.

SPD Hessen:

JA NEIN

Siehe Beantwortung Frage 2b.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen:

JA NEIN

Dies entspricht dem Leitbild nachhaltiger Entwicklung, das selbstverständlich bei der Auswahl der durch das Land geförderten Projekte berücksichtigt werden wird.

FDP Hessen:

JA NEIN

Wirksamkeit und Effizienz in der Entwicklungszusammenarbeit erfordern regional differenzierte und länderspezifische Strategien der Kooperation mit unseren Partnerländern sowie die Umsetzung integrierter Entwicklungskonzepte, vor allem in den Bereichen Bildung, ländliche Entwicklung, Wirtschaft, Umwelt, Gesundheit und soziale Sicherung.

DIE LINKE Hessen:

JA NEIN

Ja, siehe Frage 1 und 2b.

b. mit konkreten Projekten die Förderung der Informations- und Sensibilisierungsarbeit, die globalen und lokalen Zusammenhänge zwischen Klimaschutz, Energiegerechtigkeit, sozialer Gerechtigkeit und nachhaltiger Entwicklung deutlich machen?

JA NEIN

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

CDU Hessen (siehe Frage 10a):

JA NEIN

SPD Hessen:

JA NEIN

Keine Angabe.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen:

JA NEIN

Dies entspricht dem Leitbild nachhaltiger Entwicklung, das selbstverständlich bei der Auswahl der durch das Land geförderten Projekte berücksichtigt werden wird.

FDP Hessen:

JA NEIN

Keine Angabe.

DIE LINKE Hessen:

JA NEIN

Ja, siehe Frage 1, 2b und 3.

XI. MIGRATION, INTEGRATION UND ASYL IN HESSEN

In Hessen leben Menschen aus 195 Nationen. Zu ihnen zählen MigrantInnen, Flüchtlinge, temporär hier lebende StudentInnen und Arbeitskräfte. Sie alle tragen dazu bei, die Vielfalt und Offenheit, den Austausch von Gedanken, Erfahrungen, Werten und Ideen – und damit die Entwicklung in Hessen – zu fördern. Gleichzeitig tragen Sie vielfach zur Entwicklung in ihren Herkunftsländern bei. MigrantInnen überweisen jährlich ein Vielfaches der offiziell im Rahmen der weltweiten staatlichen Entwicklungshilfe fließenden Gelder in Form von Rücküberweisungen an ihre Angehörigen. Migrantisch-diasporische Vereine und Organisationen (MDO) engagieren sich sowohl in der Projektarbeit im globalen Süden als auch in der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit hier. Die Forderung nach Integration muss beinhalten, dass auch die deutsche Mehrheitsgesellschaft lernen muss, sich in verändernden gesellschaftlichen Verhältnissen zurecht zu finden, darin zukunftsgerichtet, offen und solidarisch zu handeln und rassistische Zuschreibungen zurückzuweisen.

EPN Hessen tritt dafür ein, dass gleiche Rechte und Teilhabemöglichkeiten nicht von der Herkunft eines Menschen abhängig gemacht werden und fordert eine Landespolitik, die ernsthaft dazu beiträgt, Diskriminierungen und Vorurteilen vorzubeugen bzw. abzubauen.

Frage 11a:

Unterstützen Sie die Forderung des EPN Hessen, die hessische Landesregierung möge

- a. alles tun, damit MigrantInnen in Hessen zukünftig bezogen auf Verteilungsgerechtigkeit, Sicherstellung äquivalenter wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und politischer Teilhabe die gleichen Chancen und Möglichkeiten erhalten, wie Mitglieder der deutschen Mehrheitsgesellschaft?

JA NEIN

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

CDU Hessen:

JA NEIN

Gelingende Integration liegt in der Verantwortung des Einzelnen, der Gesellschaft und des Staates. Sie braucht das Zusammenwirken aller und berührt alle Lebensbereiche. Integration entscheidet sich im Wesentlichen im Zusammenleben vor Ort. Unser Grundsatz lautet: Von einer erfolgreichen Integration auf der Grundlage einer gesteuerten Zuwanderung können alle profitieren. Die in den letzten Jahren eingeleiteten Maßnahmen der Integration geben Anlass zur Zuversicht. Es geht um unsere gemeinsame Zukunft, um das Leben in Hessen und das gegenseitige Vertrauen. Deswegen müssen Einheimische und Migranten in die Integration investieren. Maßnahmen zum Erwerb der deutschen Sprache bzw. zur Verbesserung der Deutschkenntnisse bei Menschen mit Migrationshintergrund sind von der CDU Hessen immer unterstützt und entsprechend ausgestattet worden. Hessen hat in 2002 als erstes Bundesland Vorlaufkurse für Kinder mit Migrationshintergrund eingeführt. Das dient dazu, den Kindern durch das Erlernen der deutschen Sprache einen guten Start in die Schullaufbahn zu ermöglichen. Fördern und Fordern sind für uns als CDU Hessen die Grundpfeiler der Integrationspolitik. Um den Menschen mit Migrationshintergrund eine Unterstützung im Alltag zu gewährleisten werden Integrationslotsen eingesetzt. Das sind Menschen mit Migrationshintergrund und engagierte Deutsche, die in den Städten und Gemeinden dazu beitragen, die

Eigenverantwortlichkeit der Migranten zu stärken. Die Aufgabe von Integrationslotsen ist es, Migranten durch den Alltag zu helfen, bürokratische Hürden abzubauen, ihnen Hilfestellungen und Kenntnisse über soziale, politische und kulturelle Strukturen zu vermitteln. Integrationslotsen sind Sprach- und Kulturvermittler, die neben ihrer sprachlichen auch die interkulturelle Kompetenz für ihre Arbeit mitbringen. Sie haben Zugang zu ihrer jeweiligen Gemeinde und sind gleichzeitig sehr gut integriert. Rund 1.080 Integrationslotsen in 45 Sprachen sind in Hessen aktiv. Das ist mittlerweile ein positives Beispiel auch für andere Bundesländer. Durch unsere haushaltspolitischen Entscheidungen unterstützen wir die Integration in allen Bereichen.

SPD Hessen (siehe Frage 11b):

JA NEIN

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen:

JA NEIN

Um die Integration von Migrantinnen und Migranten in Hessen voranzubringen, wollen wir gemäß unseres Integrationskonzepts vorgehen: <http://gruenlink.de/ayn>

FDP Hessen:

JA NEIN

Die FDP Hessen wird den bisherigen, erfolgreichen Kurs in der Integrationspolitik weiter fortsetzen und legt dabei die Schwerpunkte auf sprachliche, arbeitsmarktpolitische und staatsbürgerliche Integration.

DIE LINKE Hessen:

JA NEIN

Ja, Migrant_innen leiden weiterhin unter deutlich schlechteren sozialen und Einkommensverhältnissen. Von der Deregulierung des Arbeitsmarktes und den Einkommensverlusten der unteren Einkommensdezile sind sie besonders betroffen, ebenso von der Ausbreitung des Niedriglohnsektors. Von den sozial-, arbeitsmarkt- und steuerpolitischen Forderungen der LINKEN (Abschaffung von Leiharbeit und prekären Beschäftigungsverhältnissen, Einführung eines Mindestlohns von 10 Euro, solidarische Bürgerversicherung, stärkere Heranziehung hoher Einkommen und Vermögen zur Finanzierung des Gemeinwesens) würden die unteren Einkommensgruppen, in denen Migrant_innen überdurchschnittlich stark vertreten sind, auch überdurchschnittlich profitieren.

- b. allen Formen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in der Gesellschaft, in Behörden und Institutionen, in der Schule und im Arbeitsleben aktiv entgegen treten sowie eine stabile und ausreichende Finanzierung von zivilgesellschaftlichen Projekten und Strukturen zum Abbau rassistischer Stereotype zur Unterstützung von Opfern rechtsextremer Gewalt zu gewährleisten?

JA NEIN

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

CDU Hessen:

JA NEIN

Die CDU Hessen tritt jeder Form von Extremismus, jeder Form von Gewalt und Terrorismus entschieden entgegen, unabhängig davon, ob es sich um Rechts- oder Linksextremisten oder gewaltbereite Islamisten handelt. So sehr sich Extremisten auch in ihren Zielsetzungen unterscheiden, so ähnlich sind sie sich in ihrem Hass auf unsere demokratische Gesellschaft und die sie tragenden Werte. Deshalb nehmen wir das gesamte Spektrum des politischen und religiösen Extremismus in den Blick. Die wehrhafte Demokratie darf auf keinem Auge blind sein. Die CDU-geführte Landesregierung und die CDU-Landtagsfraktion werden auch künftig die erfolgreichen Programme gegen

Rassismus und Fremdenfeindlichkeit fortsetzen. Für den Phänomenbereich der politisch motivierten Kriminalität „Rechts“ haben sich in Hessen die langjährigen Bemühungen und stetigen Fortentwicklungen der überwiegend ressortübergreifenden Landesprogramme wie das Aussteigerprogramm IKARus (seit 2002) sowie das seit 2007 aktive „BeratungsNetzwerkHessen – mobile Intervention gegen Rechtsextremismus“ unter Einbeziehung zahlreicher staatlicher Institutionen sowie öffentlicher und freier Träger gegen Rechtsextremismus bewährt. Sie wurden durch das seit 2009 als hessisches Modellprojekt „Rote Linien - Hilfen zum Ausstieg vor dem Einstieg“ umgesetzte Xenos-Sonderprogramm weiter ausgebaut. Darüber hinaus werden zahlreiche Projekte im Rahmen von lokalen Aktionsplänen (LAP) durch das Programm „TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend mit jeweils 100.000 Euro/LAP gefördert, die (wie beispielhaft im Schwalm-Eder-Kreis) durch die zuständigen Polizeidienststellen vor Ort beratend begleitet werden. Lokale Aktionspläne sind konkrete vor Ort ausgearbeitete Konzepte, die Vielfalt, Toleranz und Demokratie vor allem unter Jugendlichen stärken sollen. Auch tragen dazu die von uns initiierten oder unterstützten Programme bei, die Toleranz stärken und das Aufkommen gewaltförmiger Einstellungen und Verhaltensweisen von Beginn an verhindern wollen. Beispielhaft sei das Programm „Prävention im Team“ (PiT) sowie „Integration durch Sport“ genannt. Dabei geht es unter anderem um Sensibilisierung bezüglich potentieller Opfer von Diskriminierungen und Gewalt sowie die Vernetzung der verschiedenen Akteure durch intensive Zusammenarbeit mit Schulen, Polizei, Behörden und Vereinen.

SPD Hessen (siehe Frage 11b)

JA NEIN

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen:

JA NEIN

Um die Integration von Migrantinnen und Migranten in Hessen voranzubringen, wollen wir gemäß unseres Integrationskonzepts vorgehen:
<http://gruenlink.de/ayn>

FDP Hessen:

JA NEIN

Eine Kultur der Toleranz und des wechselseitigen Respekts ist Voraussetzung für eine gelungene Integration und den Abbau von Vorurteilen und Diskriminierung. Wir setzen hierzu verstärkt auf die Menschen mit Migrationshintergrund, etwa bei der Einstellung von Bewerbern im öffentlichen Dienst, jedoch auch durch eine gezielte Förderung von Teilhabemöglichkeiten in zivilgesellschaftlichen Vereinen oder den ehrenamtlichen Strukturen in Hessen.

DIE LINKE Hessen:

JA NEIN

Zuhause fühlt sich nur, wer am kulturellen, sozialen und politischen Leben ungehindert teilhaben kann. Das wird durch Rassismus in der Gesellschaft unmöglich gemacht. Die schrecklichen Morde der Terrorgruppe NSU sind nur die Spitze des Eisberges. Jede_r Migrant_in kennt Diskriminierung aus dem eigenen Alltag, aus der Job- oder Wohnungssuche, aus der Schule, von Behörden. Gegen solche Missstände muss konsequent vorgegangen werden

- mit einem Landesantidiskriminierungsgesetz, das auch die Bereiche Wohnen, Schule und Polizei abdeckt und das durch einen Rechtshilfefonds für alle zugänglich ist.
- durch die Unterstützung antirassistischer Initiativen und konsequente Verfolgung rassistisch motivierter Straftaten.
- indem Mehrsprachigkeit als Bereicherung anerkannt wird und die verschiedenen Herkunftssprachen in der Schule gefördert werden.

c. [MigrantInnen und Diasporaorganisationen in Entscheidungsprozesse zu entwicklungspolitischen Fragen einbezogen werden und so ihre Expertise und Sicht auf Handelsbeziehungen, verantwortliches Unternehmertum und Demokratieförderung einbringen können?](#)

JA NEIN

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

CDU Hessen:

JA NEIN

Unsere Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik muss noch stärker nachhaltig stabilisierend wirken. Dabei setzen wir besonders auf die Teilhabe der Zivilgesellschaft. Engagierte Bürger, ob mit oder ohne Zuwanderungsgeschichte sind die wichtigsten Anwälte einer starken Entwicklungspolitik. Staatliche und nicht-staatliche Entwicklungs-zusammenarbeit ergänzen sich wirkungsvoll. Wir werden uns deshalb auf Bundesebene dafür einsetzen, die Zusammenarbeit mit den Kirchen, den entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen und den politischen Stiftungen zu verbreitern und zu vertiefen. Dies gilt auch für wohltätige Förderer und Stiftungen, die die internationale Entwicklungszusammenarbeit zunehmend beeinflussen. Wir wollen die Zusammenarbeit zwischen deutscher Wirtschaft und Entwicklungspolitik stärken. Die nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in den Partnerländern werden wir fördern. Zugleich unterstützen wir Deutschlands außenwirtschaftliche Interessen. Hierzu gehört eine Rohstoffpolitik, die beiden Seiten dient. Wir wollen bessere Rahmenbedingungen für die Teilhabe der Entwicklungsländer am Welthandel. Deshalb setzen wir uns für einen Fortgang der WTO-Verhandlungen und einen fairen Interessenausgleich mit den Entwicklungsländern ein. Wir halten an dem Ziel fest, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit aufzuwenden. Eine Erhöhung der Mittel muss mit einer weiteren Effizienzsteigerung des entwicklungspolitischen Instrumentariums und der Aufnahmefähigkeit in unseren Partnerländern einhergehen.

SPD Hessen (siehe Frage 11b):

JA NEIN

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen:

JA NEIN

Unter anderem durch deren Aufnahme in den entwicklungspolitischen Landesbeirat (siehe Frage 5a).

FDP Hessen:

JA NEIN

Diese Forderungen werden im Rahmen von Regierungsarbeit und Gesetzgebung bereits durch umfassende Einbindung der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessens (AGAH) und weiterer Organisationen, soweit sie von Gesetzen oder Maßnahmen betroffen sind, bereits umgesetzt. An dieser Form der vertrauensvollen Zusammenarbeit wollen wir festhalten und sie ggf. ausbauen.

DIE LINKE Hessen:

JA NEIN

Siehe Frage 5a und 5b.

Kriege, Armut und Flüchtlinge sind täglicher Teil der globalisierten Weltgesellschaft. Die individuellen Gründe für Flucht und Asyl liegen z.B. im Fehlen eigener Perspektiven, in den Unterschieden zwischen reich und arm, in Krieg oder Verfolgung. Von den weltweit rund 43 Millionen Flüchtlingen sucht nur ein geringer Teil Schutz in Europa. Menschen, die auf der Flucht sind oder Asyl suchen, gebührt ein besonderer rechtlicher und gesellschaftlicher Schutz und eine menschenwürdige Aufnahme.

Frage 11b:

Sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen,

- a. dass der durch die hessische Verfassung und das Grundgesetz garantierte Schutz (Unverletzlichkeit der Person und der Familie, Recht auf Freizügigkeit) auch für Asylsuchende gilt, dies schließt die kostenfreie unabhängige Rechtberatung und die Abschaffung des Flughafenverfahrens ein. Insbesondere Minderjährige und kranke Menschen dürfen nicht abgeschoben und Familientrennungen müssen künftig verhindert werden.

JA NEIN

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

CDU Hessen:

JA NEIN

Kriege, Armut und Flüchtlinge sind leider täglicher Teil der globalisierten Weltgesellschaft. Die individuellen Gründe für Flucht und Asyl liegen z. B. im Fehlen eigener Perspektiven, in den Unterschieden zwischen reich und arm, in Krieg oder Verfolgung. Menschen, die auf der Flucht sind oder Asyl suchen, gebührt ein besonderer rechtlicher und gesellschaftlicher Schutz und eine menschenwürdige Aufnahme. Die durch die Hessische Verfassung und das Grundgesetz garantierten Rechte gelten daher selbstverständlich auch für Asylsuchende. Wir treten für den Schutz politisch Verfolgter ein, wie es unserem Grundgesetz und der aus unserem christlich geprägten Menschenbild entspringenden Verantwortung entspricht. Wer politisch verfolgt wird und schutzbedürftig ist, muss auf Deutschland vertrauen können. Deshalb bekennen wir uns zum Grundrecht auf Asyl. Wir setzen uns auch im Interesse der Betroffenen für zügige Verfahren bei Ausländerbehörden und Verwaltungsgerichten ein.

Artikel 6 des Grundgesetzes, die Hessische Verfassung und auch die Europäische Menschenrechtskonvention schützen Ehe und Familie. In jedem Einzelfall haben die Behörden daher zu prüfen, ob aus diesen Grundrechten Abschiebeschutz zu gewähren ist. Denkbar sind in diesen Fällen auch getrennte Abschiebungen, zumal die Abschiebung das letzte Mittel ist, Ausreisepflichten durchzusetzen. Vermieden werden kann dies in den weitaus meisten Fällen durch eine freiwillige Ausreise.

Auch die Frage der Erkrankung von Abzuschiebenden ist in jedem Einzelfall zu prüfen. Dabei ist die Frage der Behandelbarkeit im Heimatland und eine Erkrankung als Vollzugshindernis zu unterscheiden. Letztlich wird dies in fast allen Fällen gerichtlich überprüft. Genereller Handlungsbedarf besteht insoweit nicht. Wir setzen uns für neue Formen des Schutzes ein, wie der Aufnahme von Flüchtlingen aus Drittstaaten, wenn ihnen eine baldige Rückkehr in das Herkunftsland nicht möglich ist oder wenn sie nicht dauerhaft in das Land, das sie zuerst aufgenommen hat, eingegliedert werden können. Dabei bauen wir weiterhin, ebenso wie bei der Hilfe für Flüchtlinge weltweit, auf die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingshochkommissar der Vereinten Nationen. Eine Zuwanderung, die darauf gerichtet ist, die europäische Freizügigkeit zu missbrauchen und die sozialen Sicherungssysteme unseres Landes auszunutzen, lehnen wir ab. Es bedarf einer europäischen Lösung, um die Lage in den Herkunftsländern zu verbessern und Missbrauch zu verhindern. Insbesondere müssen Lebensbedingungen und Integration der Menschen in ihren Heimatländern deutlich verbessert werden, sodass sie dort eine Perspektive haben.

SPD Hessen (eine Antwort auf die Fragen 11a und 11b):

JA

NEIN

Ich möchte bei der Beantwortung dieser Fragen auf unser Landtagswahlprogramm verweisen. Dort sind alle Fragen, insbesondere die zur Berufsanerkennung, der Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung, in großer Ausführlichkeit beantwortet: „Integration ist eine Aufgabe, die sich nicht nur Menschen mit Migrationshintergrund stellt – alle Menschen sehen sich vor der Aufgabe, einen eigenen Platz in unserer Gesellschaft zu finden. Bezogen auf Migration ist Integration die Verständigung und der Interessenausgleich zwischen lang ansässiger Bevölkerung und den in sich wiederum sehr unterschiedlichen Gruppen von Zuwanderern über die Grundlagen, Formen und Regeln des Zusammenlebens. Ihre Grundlagen sind Gleichberechtigung, Toleranz, gegenseitiger Respekt und die Anerkennung von eigenständiger kultureller Identität und Diversität. Menschen mit Migrationshintergrund müssen die Chance zur gleichberechtigten aktiven Teilhabe am gesamten politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben der Gesellschaft auf allen

gesellschaftlichen und staatlichen Ebenen haben. Unser Ziel ist das gleichberechtigte, von gegenseitiger Wertschätzung geprägte Geschlecht, sexueller Identität und sozialem Hintergrund in einer am Grundgesetz ausgerichteten Rechts- und Wertegemeinschaft, die für Einheimische und Zugezogene die selbst- verständliche Grundlage für ein freiheitliches Zusammenleben bilden muss.

Integration ist keine Einbahnstraße. Damit Integration gelingt, sind beide Seiten in der Verantwortung. Sie müssen die Voraussetzungen für Austausch und Teilhabe Aller gemeinsam schaffen. Integration ist also ein wechselseitiger Prozess, der alle Teile der Bevölkerung und alle gesellschaftlichen und staatlichen Ebenen, Institutionen und Organisationen erfassen muss. Die meisten Probleme, mit denen sich Menschen mit Migrationshintergrund konfrontiert sehen und die das gleichberechtigte Zusammenleben nach wie vor erschweren, entspringen ihrer sozioökonomischen und soziokulturellen Lage. Dies ist bedeutsam für die Frage des richtigen Ansatzes einer sinnvollen Integrationspolitik. Zur konsequenten Umsetzung unserer integrationspolitischen Konzepte wollen wir eine verbindliche landesgesetzliche Grundlage schaffen.

Eine weitere zentrale Aufgabe unserer Integrationspolitik ist die gezielte Förderung von Ausbildungs- und Arbeitsmarktchancen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus Migrantenfamilien. Unser besonderes Augenmerk gilt dabei dem erfolgreichen Übergang von der schulischen in die berufliche Ausbildung. Dabei hilft unser Programm „Jugendarbeitslosigkeit Null“. Wir forcieren die abschlussorientierte Nachqualifizierung sogenannter „Altfälle“. Jungen Erwachsenen ohne Schul- oder Berufsabschluss wollen wir neue Chancen eröffnen, um zum Beispiel einen Schulabschluss nachzuholen.

Der Zugang zum Arbeitsmarkt muss für die – dringend benötigten – Personen erleichtert werden, die ihre Berufsabschlüsse im Ausland erworben haben und nun in Deutschland arbeiten wollen. Das „Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz“ des Bundes, das für die erleichterte Anerkennung ausländischer Abschlüsse sorgen soll, ist dabei nur ein erster Schritt. Eine Anlauf- stelle, die Betroffenen erste Informationen und Unterstützung bietet, fehlt. Wir haben für das entsprechende Landesgesetz und somit für die in die Zuständigkeit der Länder fallenden Berufe gefordert, einen Beratungsanspruch sicherzustellen und den Betroffenen auch bei Nichtanerkennung Möglichkeiten für die erforderlichen Anpassungs- und Nachqualifizierungsmaßnahmen zu eröffnen. Die Hessische Landesregierung hat diese Änderungsvorschläge der SPD in den Gesetzentwurf übernommen. Damit ist eine gute Lösung erreicht worden. Wir werden die Umsetzung des Gesetzes kritisch begleiten. Wir setzen uns mit Nachdruck für eine interkulturelle

Öffnung der Verwaltung ein. Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund ist im öffentlichen Dienst gemessen an ihrem Anteil an der Erwerbsbevölkerung sehr gering. Und wenn sie denn in der Verwaltung tätig sind, besetzen sie nur sehr selten Führungspositionen. Wir wollen deshalb, dass Ausschreibungsverfahren entsprechend ausgestaltet werden. Zudem muss das Personal grundsätzlich eine Qualifizierung im Bereich der interkulturellen Kompetenz erhalten.

Der Anteil älterer Migrantinnen und Migranten nimmt kontinuierlich zu. Dies darf von der Politik nicht ignoriert werden. Wir wollen zu einer Versorgung beitragen, die kultursensibel unterschiedliche Lebenswege und Situationen berücksichtigt. Besonders setzen wir uns für mehr interkulturelle Sensibilität bei Krankheit und Pflegebedürftigkeit ein.

Niemand flieht freiwillig. Viele Menschen verlassen ihr Heimatland, weil sie dort verfolgt, miss- handelt oder gefoltert werden, oder weil sie vor Bürgerkriegen, Hunger und Naturkatastrophen, (nicht staatlicher) geschlechtsspezifischer Verfolgung oder vor drückender wirtschaftlicher Not flüchten müssen. Die hessische Flüchtlingspolitik ist jedoch nach wie vor von sehr restriktiven Ansätzen geprägt. So hat die Residenzpflicht für Asylbewerberinnen und -bewerber die Integration bislang stark beeinträchtigt. Für die Pflege sozialer und familiärer Kontakte, aber auch für die Möglichkeit der Arbeitsaufnahme setzt sie mitunter hohe bürokratische Hürden. Wir setzen uns daher für länderübergreifende Regelungen sowie eine bundesweite Aufhebung der Residenzpflicht ein.

Gerade beim Personenkreis der Geduldeten handelt es sich vielfach um qualifizierte Arbeitskräfte, die heute dringend benötigt werden. Ihnen wird – derzeit über Jahre hinweg – der Zugang zum Arbeitsmarkt verwehrt. Wir wollen Geduldeten den Zugang zu Beschäftigung erleichtern.

Wir wollen Ausländerbehörden zu Integrationsbehörden entwickeln, die Betroffenen auch als Servicestelle dienen können. Wir setzen uns außerdem für eine umfassende Neuregelung des Aufenthaltsrechts ein, die unter anderem auch Langzeitgeduldeten einen schnelleren Weg zur Erlangung eines rechtmäßigen Aufenthaltstitels ermöglicht. Nur Menschen, die hier eine verlässliche Perspektive haben, können auch erfolgreich integriert werden.

Das geltende Aufenthalts- und Staatsangehörigkeitsrecht wirkt nach wie vor integrationsfördernde Maßnahmen so ausgestaltet werden, dass den betroffenen Menschen der Zugang erleichtert wird und sie sich willkommen fühlen. Diskriminierung, Rassismus, Hass und Gewalt können sich

Gleichberechtigung setzt politische Teilhabe voraus – und durch politische Teilhabe wird Gleichberechtigung realisiert. Wir wollen daher das kommunale Wahlrecht für alle hier lebenden Menschen einführen und die Ungleichbehandlung zwischen EU-Bürgerinnen und -Bürgern und den Menschen aus Nicht-EU-Staaten beenden.

Eine weitere Möglichkeit der politischen Teilhabe ist die Einbürgerung. Nur durch sie öffnet sich der Weg zu allen politischen Rechten. Wir ermutigen deshalb alle Menschen mit nicht deutscher Staatsangehörigkeit, die ihren Lebensmittelpunkt auf Dauer in Deutschland sehen, diesen Weg zu gehen. Wir kämpfen dafür, dass die Hürden auf diesem Weg beseitigt werden, die doppelte Staatsangehörigkeit möglich gemacht und der optionszwang abgeschafft wird: Die bisherige Entscheidungspflicht beim Erreichen der Volljährigkeit schafft einen unzumutbaren Verwaltungsaufwand und führt außerdem zu Loyalitäts- und Identitätskonflikten.“

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen:

JA NEIN

Grundsätzlich teilen wir diese Forderungen. Es wird jedoch auch weiterhin auf eine Einzelfallprüfung unter Abwägung aller betroffenen Rechtsgüter ankommen.

Insbesondere treten wir für die länderübergreifende Abschaffung der Residenzpflicht ein, das heißt, dass sich Asylsuchende in Deutschland frei bewegen können. Auch setzen wir uns dafür ein, dass Asylsuchende eine gute Rechtsberatung erhalten. Das Flughafenverfahren wollen wir abschaffen.

FDP Hessen:

JA NEIN

Speziell minderjährige Flüchtlinge genießen in Hessen bereits einen vorbildlichen und weitreichenden Schutz. Die bereits gute Situation soll durch weitere Maßnahmen auf Bundesebene zugunsten von Flüchtlingen und Asylsuchenden weiter ausgebaut und verbessert werden.

DIE LINKE Hessen:

JA NEIN

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Residenzpflicht für Asylsuchende bundesweit abgeschafft wird.

Die Asyl-Schnellverfahren auf dem Flughafengelände ist abzuschaffen. Wir treten dafür ein, dass an allen deutschen Flughäfen allen Asylsuchenden ein reguläres Asylverfahren in Freiheit ermöglicht wird.

Wir wollen

- ein Verbot von Abschiebungen aus Jugendhilfeeinrichtungen und fordern von der Landesregierung, sich auf der Bundesebene für eine Abschaffung des so genannten Flughafenasylverfahrens nach § 18a des Asylverfahrensgesetzes einzusetzen.

- ein Verbot der Inhaftierung minderjähriger Flüchtlinge in Abschiebungs- und Zurückweisungsverfahren, Verzicht auf Flughafenverfahren und direkte Grenzabweisungen, damit Clearingverfahren bei unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden durchgeführt werden können; Verbot der Abschiebung minderjähriger unbegleiteter Flüchtlinge

Egal ob Flüchtling, hochqualifizierte_r Arbeitnehmer_in oder nachgezogene_r Ehegatt_in, alle, auch Asylbewerber und Flüchtlinge müssen hier in Würde leben können. Dazu müssen der Familiennachzug muss erleichtert und die diskriminierenden Sprachanforderungen abgeschafft werden.

b. dass die Integrationsmöglichkeiten von Asylsuchenden in unserer Gesellschaft gestärkt und gefördert werden, insbesondere in der schulischen und beruflichen Ausbildung Jugendlicher sowie grundsätzlich bei der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit auch vor Abschluss des Asylverfahrens?

JA NEIN

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

CDU Hessen:

JA NEIN

Wir brauchen eine Kultur, die eine schnelle und erfolgreiche Integration ermöglicht. Eine solche „Willkommenskultur“ muss sichtbar und spürbar werden – beginnend bereits in den Herkunftsländern. Damit sich Neuzuwanderer auf das Leben in Deutschland gut vorbereiten können, brauchen wir ausreichende Informationsangebote etwa zu Einreise, Schule und Beruf sowie zum Spracherwerb. Wir wollen die von der CDU-geführten Landesregierung initiierte erfolgreiche hessische Integrationspolitik, die mit Instrumenten wie Integrationsbeirat, -konferenz, Modellregionen und Integrationspreis bundesweit beispielgebend ist, fortsetzen und ausbauen. Wir wollen Angebote zur Kulturvermittlung für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund mit dem Ziel stärken, unter Wahrung ihrer eigenen kulturellen Identität und Herkunft ihre Integration in die deutsche Gesellschaft zu fördern. Kinder und Jugendliche aus Zuwandererfamilien haben in den vergangenen Jahren deutlich bessere Schul- und Bildungsabschlüsse erzielt. Im Vergleich zu Gleichaltrigen ohne Zuwanderungsgeschichte haben sie jedoch nach wie vor oft Probleme in Schule und Berufsausbildung. Wir wollen, dass diese Kinder und Jugendlichen weiter aufholen und bessere Schul- und Bildungsabschlüsse erzielen. Dazu gehört auch, dass Eltern stärker als bisher die Schulvorbereitung und -laufbahn ihrer Kinder aktiv begleiten. Dabei wollen wir sie durch besondere Elternprogramme unterstützen. Der Schlüssel für eine erfolgreiche Integration sind gute Deutschkenntnisse. Wir werden das frühe Erlernen der deutschen Sprache weiter konsequent fördern. Deutsch als gemeinsame Sprache schafft Identität und stärkt den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Wir erwarten von Zuwandernden, dass sie die deutsche Sprache erlernen. Wer sich verweigert, Deutsch zu lernen, hat in unserem Land keine Zukunftschancen.

Wir stehen darüber hinaus für eine verstärkte Einstellung von Migranten in den Landesdienst, vorzugsweise bei der Polizei, im Schuldienst sowie bei Bürgerämtern. Darüber hinaus wollen wir offensiv Werbung bei kleinen und mittelständischen Unternehmen mit Inhabern ausländischer Herkunft für das erfolgreiche Modell der dualen Ausbildung in Deutschland machen, wie es bereits im erfolgreichen Projekt „Internationale Unternehmen bilden aus (IUBA)“ erfolgt ist.

SPD Hessen (eine Antwort auf die Fragen 11a und 11b):

JA NEIN

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen:

JA NEIN

Wir treten für eine möglichst umfassende Integration von Asylsuchenden schon während des Asylverfahrens ein. Dazu zählen sowohl Bildungsangebote als auch – wo immer möglich – die Integration in den Arbeitsmarkt.

FDP Hessen:

JA NEIN

Auch hier ist Hessen in wesentlichen Punkten bereits vorangegangen. Als eines der ersten Bundesländer haben wir in Hessen auch für Kinder ohne rechtmäßigen Aufenthaltstitel, die im entsprechenden Alter sind, die Schulpflicht umgesetzt, damit Kinder nicht allein aufgrund ihres Aufenthaltsstatus Bildungsnachteile erleiden. Die Residenzpflicht haben wir in Hessen abgeschafft. Dass auch Asylsuchende und humanitäre Flüchtlinge berechtigt sein sollen, ihren Lebensunterhalt durch Arbeit selbst zu bestreiten, ist eine Forderung der FDP im Bürgerprogramm 2013.

DIE LINKE Hessen:

JA NEIN

Über Arbeitsmöglichkeiten müssen Asylsuchende nach Einreichung ihres Asylantrags sofort in die Lage versetzt werden, sich ihr Leben selbst zu organisieren und damit unabhängig von staatlicher Hilfe zu sein.

Wir wollen, dass ausländische Schul- und Berufsabschlüsse unbürokratisch anerkannt und geeignete, finanziell geförderte Möglichkeiten zur Nachqualifizierung angeboten werden.